

LÖWENHERZ

AUSGABE 1

KOMPAKT

DEZEMBER 2023



**DIE AfD IST JETZT MIT
32 VOLKSVERTRETERN
IM LANDTAG!**

„So sehen Sieger aus!“

Deutliches Zeichen der Wähler für eine grundsätzlich andere Politik

Welch ein Triumph! Der Wahlsonntag am 8. Oktober war für unsere blaue Partei in Bayern einfach nur sensationell. Wie flogen die Hände in die Höhe und wie laut war der Jubel im Saal 401 des Maximilianeums, als erste Prognosen die AfD bei um die 16 Prozent sahen. Als schließlich alle Stimmen ausgezählt waren, lagen wir bei 14,6 Prozent. Knapp vor den Grünen wurden wir damit stärkste Opposition im Landtag, denn es hatte sich schon deutlich abgezeichnet, dass CSU und Freie Wähler (FW) ihre Koalition fortsetzen wollten. Mit diesem starken Ergebnis und einem Zuwachs von 4,4 Prozentpunkten gegenüber 2018 sind wir der klare Gewinner dieser Wahl. Die Wähler setzten damit ein deutliches Zeichen für eine grundsätzlich andere Politik.

Außer uns konnten nur die FW zulegen. Söders CSU fiel knapp hinter ihr letztes Resultat zurück. Grüne und SPD wurden massiv abgestraft, und die FDP flog aus dem Landtag. All das ist Bestätigung für eine nicht immer einfache, aber professionelle und an den Interessen der bayerischen Bürger ausgerichtete Arbeit unserer Fraktion in der letzten Legislaturperiode. Vor allem ist es aber dem leidenschaftlichen, engagierten Einsatz unserer Wahlkämpfer in den Städten, Gemeinden und den Landkreisen zu verdanken. Tausende Mitglieder verteilten Flugblätter, plakatierten, suchten das Gespräch mit den Mitbürgern an den Infoständen, richteten Kundgebungen und Saalveranstaltungen aus. Unser Spitzen-

kandidaten-Duo Katrin Ebner-Steiner und Martin Böhm war auf regelrechten Tourneen in ganz Bayern unterwegs. Unterstützung gab es außerdem aus anderen Landesverbänden und von der Bundespartei.

Leider wurde der Wahlkampf auch diesmal wieder überschattet – von Sachbeschädigungen, Hetze und Pöbeleien bis hin zu körperlichen Attacken, darunter der feige Anschlag auf Bundessprecher Tino Chrupalla bei einer Kundgebung in Ingolstadt. All das hat unseren Mut und unsere Kampfkraft jedoch nicht untergraben, sondern im Gegenteil uns angespornt, noch intensiver für den Erfolg unserer guten

Sache zu streiten. „So sehen Sieger aus“, ertönten folgerichtig lautstarke Sprechchöre bei der Wahlparty in München als Reaktion auf die Hochrechnungen. Verlierer waren in Bayern die CSU und jene, die im Bund als „Ampel“ regieren. Zur AfD wanderten 130.000 vorherige Nichtwähler, 110.000 von der CSU, 60.000 von den Freien Wählern und sogar 20.000 von den Grünen. Hervorragende Ergebnisse für uns gab es zuvor bei den U-18-Wahlen, also den künftigen Erstwählern. Insgesamt zeigt die Wahl in Bayern, dass immer mehr Bürger kein „Weiter so“ wollen. Unsere Aufgabe in der laufenden Legislaturperiode wird es sein, diesen Anteil weiter zu vergrößern und die AfD auch im Freistaat zu einer politischen Kraft zu machen, an der niemand mehr vorbeikommt. ■

**Spektakulärer Erfolg der
bayerischen AfD bei den
Landtagswahlen 2023**



INTERVIEW MIT KATRIN EBNER-STEINER,
FRAKTIONS-VORSITZENDE
DER AfD IM BAYERISCHEN LANDTAG

„Die Interessen der eigenen Leute im Blick!“

Frau Ebner-Steiner, die bayerische AfD konnte ihr Wahlergebnis gegenüber 2018 stark – um 4,4 Prozentpunkte – verbessern. Sind Sie zufrieden?

EBNER-STEINER: Dieses Ergebnis zeigt, dass immer mehr Menschen im Freistaat einen ganz neuen politischen Kurs in zentralen Fragestellungen wollen. Natürlich hat die zerstörerische Politik der Ampel in Berlin dazu beigetragen, aber auch die Zögerlichkeit und die Arbeitsverweigerung der bayerischen Staatsregierung, etwa was das Aufhalten der illegalen Migrantenflut anbelangt. Was wir als AfD dem entgegenzusetzen wollen, das haben aber unsere fleißigen Wahlkämpfer überall in Bayern den Bürgern nahegebracht. Dafür ein herzliches Dankeschön.

Ihre Wahlziele haben Sie also erreicht?

EBNER-STEINER: Wir wollten stärkste Oppositionspartei werden, und das ist uns gelungen. Mit jetzt 32 Abgeordneten starten wir mit erheblich mehr Potential in die neue Legislaturperiode. Und wir

haben das Recht, als erste auf Reden des Ministerpräsidenten oder von Kabinettsmitgliedern zu antworten. Das sichert uns voraussichtlich mehr Aufmerksamkeit als in den letzten fünf Jahren. Insgesamt ist das eine gute Ausgangsbasis, um künftig noch stärker zu werden.

Wenn man auf die Hessen-Wahl schaut, die am selben Tag stattfand, wäre aber sogar noch mehr drin gewesen. Woran lag es?

EBNER-STEINER: In Hessen spielten die Freien Wähler ganz anders als in Bayern kaum eine Rolle. Hier hat es Hubert Aiwanger geschafft, sich als Rebell zu inszenieren, obwohl seine Partei im Bündnis mit der CSU regiert. Aiwanger will als Bierzelt-Tiger erscheinen, ist jedoch immer als Schmusekätzchen in Söders Armen gelandet. Auch bei den brutalen, teils rechts- und verfassungswidrigen Corona-Schikanen. Das haben leider viele vergessen. Hinzu kam eine Solidarisierung infolge der inszenierten Flugblattaffäre, deren Effekt sich die Urheber wohl ganz anders vorgestellt hatten.

Der AfD-Fraktion wurde erneut ein Sitz im Präsidium vorenthalten, ebenso wie die ihr zustehenden Vorsitze und Stellvertreter der ständigen Ausschüsse. Wie bewerten Sie das?

EBNER-STEINER: Wir sind Opposition, um der Regierung auf die Finger zu schauen. Natürlich legt uns die Staatsregierung allerlei Steine in den Weg. Aber das sehen wir – als einzige echte Opposition – ganz sportlich. Vollends lächerlich wird das Ganze, wenn man sich die „Argumente“ anschaut. Man könne uns keine Positionen anvertrauen, weil wir keine Demokraten seien. Diese Einschätzung beruht auf zwei Quellen: auf der Hetze links-grün dominierter Medien und auf der Willkür eines Verfassungsschutzes, der weisungsgebunden und damit ein Herrschaftsinstrument der regierenden CSU ist. Die Wahrheit ist: Mit ihrem Handeln und ihren Geschäftsordnungstricks degradieren die Kartellparteien mehr als ein Siebentel der bayerischen Wähler zu Wählern zweiter Klasse. Und nennen das dann noch dreist „demokratisch“.

Und wie wollen Sie damit umgehen?

EBNER-STEINER: Wir sagen den Bürgern die Wahrheit. Das ist mal das eine! Und andererseits werden wir überall dagegen klagen, wo es sinnvoll ist und ggf. entsprechende Schritte einleiten.

Letzte Frage: Welche politischen Akzente will die bayerische AfD-Fraktion in den kommenden Monaten setzen?

EBNER-STEINER: Wir haben in den vergangenen Jahren alle wesentlichen Themen gesetzt, indem wir eine gnadenlos ehrliche, verantwortungsvolle Realpolitik gemacht haben. Genau mit dieser Energie und diesem Blick für die Wirklichkeit werden wir auch in Zukunft die Themen der bayerischen Politik bestimmen. Wir müssen die Lebensgrundlagen unserer Bürger schützen. Die Massenmigration von Fremden, die zu großen Teilen gar nicht schutzbedürftig sind, kostet Unsummen, bringt ganz besonders die Wohnkapazitäten an ihre Grenzen und belastet die innere Sicherheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das Land braucht eine 180-Grad-Wende in der Migrationspolitik, statt „Refugees welcome“ muss es heißen: „No way“. Ein zweites großes Thema für uns wird sein, für ein auskömmliches Leben unserer Mitbürger zu streiten. Schluss mit der staatlich induzierten Preistreiberei. Schluss mit Steuergeldverschwendung für Ideologieprojekte und Klientelversorgung sowie die schwarze Amigowirtschaft. Und Schuldenexzesse zu Lasten unserer Kinder und Enkel darf es ebenfalls nicht geben. Hier werden unsere Prioritäten liegen.

Frau Ebner-Steiner, vielen Dank für das Gespräch.

Noch mehr Geld für linkes Framing!?

RUNDFUNK-ZWANGSBEITRAG SOLL AUF FAST 19 EURO IM MONAT STEIGEN!

Seichte Unterhaltung mit „Reality“-Trash-Formaten, woke Krimis, einseitig-langweilige Talkshows und sonstige Rund-um-die-Uhr-Propaganda für linksgrüne Themen: Dafür müssen wir monatlich 18,36 Euro bezahlen. Und bald sollen die Rundfunk-Zwangsgebühren noch weiter steigen: ab 2025 auf 18,94 Euro! So lautet die Empfehlung der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF). Dabei gönnen „wir“ uns jetzt schon den teuersten öffentlich-rechtlichen Rund-

funk der Welt: Mehr als zehn Milliarden Euro verschlingt der aufgeblähte Apparat, der seinen Spitzenfunktionären Traumgehälter von etlichen hunderttausend Euro hinterherwirft. Trotzdem bekommen sie den Hals nicht voll – immer wieder gibt es Skandale um Vetternwirtschaft und Verschwendung, die nur die Spitze des Eisbergs darstellen. Kein Wunder, dass immer mehr Menschen den „Staatsfunk“ ablehnen. Im Bayerischen Landtag gibt ihnen nur die AfD eine

Stimme. Wir treten für einen schlanken, kostengünstigen „Grundfunk“ ein, der sich auf seinen Informationsauftrag beschränkt. Er soll zur Bildung und Unterhaltung beitragen, die Bürger aber nicht mit linkem Framing zu Themen wie Klima, Asyl und „Gender“ bevormunden. Und er muss allen relevanten politischen Strömungen ein Forum bieten. Im Jahr 2022 wurden jedoch nur zwei Politiker der AfD in die großen Talkshows von ARD und ZDF eingeladen – gegenüber 129 Auftritten der

SPD, 125 von CDU und CSU, 100 von den Grünen, 67 von der FDP und noch 30 von der Linkspartei. Die AfD wird vom „Staatsfunk“ also systematisch diskriminiert und um ihre Rechte als demokratische Opposition gebracht. Das ist auch eine Ausgrenzung von Millionen Bürgern, die wir in den Parlamenten repräsentieren. Wir werden uns daher auch im kommenden Jahr für die nötige Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einsetzen und der Erhöhung des Zwangsbeitrags entgegentreten. ■



Die Ausgrenzung der Patrioten

SO WIRD DIE BAYERISCHE AFD-FRAKTION IHRER PARLAMENTARISCHEN RECHTE BERAUBT

Bevor die AfD 2018 erstmals ins Maximilianeum einzog, herrschte zwischen den Parteien zwar oft inhaltlicher Dissens, bei den „Formalitäten“ waren sich jedoch alle einig. Keine Frage: Im Präsidium waren immer alle Fraktionen vertreten. Neben dem Präsidenten oder der Präsidentin umfasst das Präsidium mehrere Vizepräsidenten und Schriftführer, eine der vielen wichtigen Aufgaben ist die Leitung der Plenarsitzungen. Wir hatten in der ersten Plenarsitzung unseren Abgeordneten Matthias Vogler (Nürnberg) als einen der Vizepräsidenten vorgeschlagen. Seine Eignung für dieses Amt ergibt sich daraus, dass unser Kandidat

acht Jahre lang als Zeitsoldat für unser Land gewirkt hat und auch als Rettungsassistent hohe gesellschaftliche Verantwortung trägt. Seine Wahl wäre in einem anderen Bundesland reine Formsache gewesen. Nicht so in Bayern. Hier fiel Matthias Vogler bei der Wahl durch, die Kartellparteien setzten damit ihre unrühmliche „Tradition“ aus der letzten Legislatur fort.

Doch damit war es nicht getan. Mitte November verabschiedete der Landtag mit den Stimmen der Koalition und der SPD eine Änderung der Geschäftsordnung. Mittels einer Änderung des Verfahrens, welches die Verteilung der Ausschussvor-

sitzenden und deren Stellvertreter regelt, sicherte sich die CSU den Zugriff auf die drei wichtigsten Ausschüsse. Nach der alten Geschäftsordnung hätte die AfD den Zugriff auf den dritten Ausschuss gehabt, das wäre der Ausschuss für Inneres gewesen. Das sollte um jeden Preis verhindert werden – ein demokratiepolitischer Offenbarungseid der Altparteien.

Der „dritte Streich“ erfolgte wenige Tage darauf, als sich im Bayerischen Landtag die 14 ständigen Ausschüsse für die einzelnen Fachbereiche konstituierten. In diesem Zusammenhang erfolgte auch die Wahl der Ausschussvorsitzenden und ihrer Stellver-

treter. Die AfD-Fraktion hatte Vorsitzende für den Europa-ausschuss und den Landwirtschaftsausschuss vorgeschlagen, außerdem Stellvertreter für den Verfassungsausschuss und den Umweltausschuss. An Erfahrung und fachlicher Eignung hätte es keinem unserer Kandidaten gemangelt, sie wurden allein deswegen abgelehnt, weil sie die einzige echte Oppositionspartei in Bayern repräsentieren. Ideologie und Machtspiele sind den Altparteien eben wichtiger als die bayerische Demokratie. Dagegen mit allen gebotenen rechtsstaatlichen Mitteln vorzugehen, sehen wir als Auftrag unserer Wähler an. ■

Die Mitglieder der AfD-Fraktion

Wir haben einen klaren Auftrag: Dem Land zu dienen und den Wunsch unserer Wähler nach mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit umzusetzen. Wir denken nicht in Legislaturperioden, sondern in Generationen.

An die Generationen vor uns, die unser Land aufgebaut haben, und an die Generationen nach uns, für die wir es schützen und bewahren. Danke, dass wir das für Sie tun dürfen!



katrin.ebner-steiner@afd-landtag.bayern

Katrin Ebner-Steiner

Fraktionsvorsitzende



martin.boehm@afd-landtag.bayern

Martin Böhm

1. Stellv. Fraktionsvorsitzender

Bundes- u. Europa-angelegenheiten



richard.graupner@afd-landtag.bayern

Richard Graupner

2. Stellv. Fraktionsvorsitzender

Kommunale Fragen/
Sicherheit/Sport



ingo.hahn@afd-landtag.bayern

Prof. Dr. Ingo Hahn

3. Stellv. Fraktionsvorsitzender

Umwelt/Verbraucherschutz



christoph.maier@afd-landtag.bayern

Christoph Maier

Parl. Geschäftsführer

Verfassung/Recht/
Parlamentsfragen



markus.walbrunn@afd-landtag.bayern

Markus Walbrunn

Stellv. Parl. Geschäftsführer

Bildung/Kultur

Weitere Informationen über
unsere Fraktion und die
Abgeordneten finden Sie unter:
WWW.AFD-LANDTAG.BAYERN



dieter.arnold@afd-landtag.bayern

Dieter Arnold

Umwelt/Verbraucherschutz;
Bundes- u. Europa-angelegenheiten



oskar.atzinger@afd-landtag.bayern

Oskar Atzinger

Bildung/Kultur



joerg.baumann@afd-landtag.bayern

Jörg Baumann

Kommunale Fragen/
Sicherheit/Sport; Fragen
des öffentlichen Dienstes



franz.bergmueller@afd-landtag.bayern

Franz Bergmüller



rene.dierkes@afd-landtag.bayern

Rene Dierkes

Verfassung/Recht/
Parlamentsfragen



daniel.halemba@afd-landtag.bayern

Daniel Halemba

Eingaben/Beschwerden



martin.huber@afd-landtag.bayern

Martin Huber



andreas.jurca@afd-landtag.bayern

Andreas Jurca

Staatshaushalt/
Finanzfragen



florian.koehler@afd-landtag.bayern

Florian Köhler

Wirtschaft/Energie/
Medien/Landesentwicklung



oskar.lipp@afd-landtag.bayern

Oskar Lipp

Wirtschaft/Energie/Medien/
Landesentwicklung; Ernäh-
rung/Landwirtschaft/Forsten



stefan.loew@afd-landtag.bayern

Stefan Löw

Kommunale Fragen/
Sicherheit/Sport



roland.magerl@afd-landtag.bayern

Roland Magerl

Gesundheit/Pflege



johannes.meier@afd-landtag.bayern

Johannes Meier

Wirtschaft/Energie/
Medien/Landesentwicklung



ferdinand.mang@afd-landtag.bayern

Ferdinand Mang

Wissenschaft/Kunst



gerd.mannes@afd-landtag.bayern

Gerd Mannes



harald.meussgeier@afd-landtag.bayern

Harald Meußgeier

Ernährung/Landwirt-
schaft/Forsten; Umwelt/
Verbraucherschutz



johann.mueller@afd-landtag.bayern

Johann Müller

Staatshaushalt/
Finanzfragen



benjamin.nolte@afd-landtag.bayern

Benjamin Nolte

Wissenschaft/Kunst;
Wohnen/Bau/Verkehr



elena.roon@afd-landtag.bayern

Elena Roon

Arbeit/Soziales/
Jugend/Familie



franz.schmid@afd-landtag.bayern

Franz Schmid

Arbeit/Soziales/
Jugend/Familie



ulrich.singer@afd-landtag.bayern

Ulrich Singer

Wissenschaft/Kunst



ralf.stadler@afd-landtag.bayern

Ralf Stadler

Ernährung/Landwirt-
schaft/Forsten



ramona.storm@afd-landtag.bayern

Ramona Storm

Bildung/Kultur;
Öffentlicher Dienst



markus.striedl@afd-landtag.bayern

Markus Striedl

Wohnen/Bau/Verkehr;
Eingaben/Beschwerden



matthias.vogler@afd-landtag.bayern

Matthias Vogler

Gesundheit/Pflege



andreas.winhart@afd-landtag.bayern

Andreas Winhart

Staatshaushalt/Finanzfra-
gen; Gesundheit/Pflege

LANDTAG
BAYERN



Ja zu Europa, *nein zu dieser EU!*

BAYERN BLICKT AUF DIE EU-WAHL AM 9. JUNI 2024

Wie sagte der Schweizer Publizist und Nationalratsabgeordnete Roger Köppel jüngst so treffend: „Nicht überall, wo EU draufsteht, ist auch Europa drin.“ Richtig. Die EU-Bürokraten nehmen für sich ständig den Begriff „Europa“ in Beschlag. Dabei steht Europa für den Freiheitswillen seiner Menschen und für den Willen, die vielen nationalen Eigenheiten und Besonderheiten zu bewahren, aus denen es sich zusammensetzt. Gemeint ist das Europa seiner Völker und Vaterländer. Dagegen ist die EU immer mehr zu einem Elitenprojekt geworden, sie steht für Übergriffigkeit, die Machtverschiebung von unten nach oben, Kontrollwahn und Gleichmacherei. Ihre selbsternannten „Eliten“ wollen sie permanent vertiefen und erweitern und letztlich einen Bundesstaat aus ihr machen.

Das geben sie ganz offiziell zu. Was schon der Weg dahin für die Mitgliedstaaten und seine Bürger bedeutet, liegt auf der Hand: schleichender Verlust von Demokratie und Souveränität.

Wir als AfD wollen das nicht. Unser europapolitischer Sprecher Martin Böhm erklärt: „Souveränität gehört in die Hände der Völker und nicht in jene eines fernen, von niemandem kontrollierbaren Brüsseler Molochs. Wir sind weiter der Meinung, dass es kein Ausdruck von ‚Solidarität‘ ist, wenn die Menschen in solide wirtschaftenden Staaten andere Länder unterstützen müssen, in denen Verschwendungssucht und Misswirtschaft herrschen. Deutschland ist der größte Nettozahler in der EU, doch seit einigen Jahren weigert sich die EU-Kommis-

sion sogar, die genauen Zahlen auf den Tisch zu legen. Und sie will immer mehr Befugnisse an sich reißen, am liebsten sogar direkte Steuern erheben. Wer nicht pariert und sich etwa wie Ungarn weigert, sich die massenhafte Aufnahme von Nicht-Europäern aufzwingen zu lassen, wird drangsaliert und mit Verfahren überzogen. Das hat mit ‚Europa‘ nichts zu tun.“

Die AfD ist der festen Überzeugung, dass es nicht ausreicht, falsche Entwicklungen nur von außen zu bekämpfen. Deswegen arbeiten wir im EU-Parlament seit 2019 in der Fraktion „Identität und Demokratie“ mit gleichgesinnten europäischen Partnern wie u.a. der FPÖ (Österreich), der Lega (Italien) und dem Rassemblement National (Frankreich) zusammen. Im nächsten Jahr wird am 9.

Juni ein neues EU-Parlament gewählt. Unser Ziel muss es sein, dabei die patriotischen Kräfte so zu stärken, dass den zentralistischen Altparteien angst und bange wird. Die Voraussetzungen sind gut: Überall in Europa dreht sich der Wind, und „rechte“ Parteien legen bei Wahlen kräftig zu – ob in Italien, Schweden oder aktuell den Niederlanden. ■



Die „Energiewende“ beerdigen!

DIE ABHÄNGIGKEIT VON WETTERABHÄNGIGEM STROM BEENDEN

Ein industriell geprägter Flächenstaat wie Bayern kann nicht auf Flatterstrom setzen, sondern braucht eine zuverlässige, preiswerte Energieversorgung. Allein mit monströsen, immer höheren Windrädern und weiten Feldern von Solarpaneelen werden die Bedürfnisse von Wirtschaft und Verbrauchern nicht erfüllbar sein. Abgesehen von den teils unwiderruflichen Belastungen und Zerstörungen der Ökosysteme, die diese angeblich „nachhaltigen“ Energieprodu-

zenten mit sich bringen. Fraglich ist überdies die Effizienz. Im windarmen Bayern haben die Windkraftanlagen eine wesentlich geringere durchschnittliche Auslastung als jene im Norden Deutschlands. Und Solarstrom ist in der Regel kein „Winterstrom“.

Die Staatsregierung fährt energiepolitisch einen konsequenten Zickzack-Kurs. Ministerpräsident Söder war erst gegen die Kernkraft, jetzt – nachdem die letzten

Kernkraftwerke abgeschaltet sind – ist er plötzlich wieder dafür. Die AfD hat sich dagegen immer klar gegen die „Energiewende“ positioniert. Gerade das verbrauchsintensive Bayern braucht sichere und bezahlbare Energie, und das geht nur mit einem technologieoffenen Mix, zu dem eben auch die Kernkraft gehören sollte. Laut einer US-Studie von Ende Juli könnten acht deutsche Kernkraftwerke binnen überschaubarer Zeit wieder in Betrieb genommen wer-

den, aber je länger gezögert wird, desto schwieriger wird das. In derselben Studie wird dargelegt, dass unsere Wirtschaft dadurch von Strompreisen profitieren könnte, die günstiger als jene in den USA wären. Die AfD fordert: weg mit der CO₂-Abgabe und runter mit Stromsteuer und anderen Energiesteuern! Die Umsatzsteuer für Energie muss außerdem generell und dauerhaft auf sieben Prozent gesenkt werden. ■

Die Deindustrialisierung Bayerns stoppen!

NUR MIT DER AfD GIBT ES EINE VERNÜFTIGE STANDORTPOLITIK MIT EINEM KLAREN KOMPASS



Ja, es stimmt: Bayern ist nicht nur deutschland-, sondern auch europaweit ein äußerst bedeutender Industriestandort und Wirtschaftsfaktor. Das ist seinen vielen fleißigen und innovativen Menschen zu verdanken, ob Unternehmer, Ingenieure, Handwerker, Facharbeiter ... Doch ein Schatten liegt über dem Freistaat: der Schatten der Deindustrialisierung. Aber nicht nur die bayerische Industrie klagt über sich stetig verschlechternde Standortbedingungen, auch Handel, Dienstleistungen und Gewerbe sind betroffen.

Der traditionsreiche Spielzeughersteller Haba aus Bad Rodach, die Münchner Modekette Hahner, der Coburger Kunststoff-Systemlieferant Gaudlitz, der Autohersteller Sono Motors (München), die UPM Papierfabrik in Plattling – das sind nur einige der bayerischen Unternehmen, die in diesem Jahr

entweder Insolvenz angemeldet oder angekündigt haben, ihre Produktion ganz oder teilweise ins Ausland zu verlagern. Im ersten Halbjahr 2023 meldeten laut Landesamt für Statistik rund 1.200 Unternehmen in Bayern Insolvenz an – satte 23,2 Prozent mehr als im selben Zeitraum des Vorjahres.

Manchmal sind Managementfehler die Ursache dafür, manchmal unerwartete Auftragsrückgänge. Doch drei Faktoren werden im Grunde von allen Unternehmern und Experten als Hauptfaktoren genannt: Fachkräftemangel, ausufernde Bürokratie und die im internationalen Vergleich horrenden Energiepreise. Die Auswirkungen sind fatal: „Insgesamt herrscht Alarmstufe, und in der Industrie herrscht Alarmstufe rot“, so Manfred Göbl vom Bayerischen Industrie- und Handelskammertag Anfang Oktober. Bei den größte-

ren Betrieben habe die Hälfte angekündigt, die Produktion entweder einzuschränken oder ins Ausland zu verlagern. Nur eine Stimme von vielen.

Diese Entwicklung geht einher mit einem drastischen Rückgang der Investitionen. Wer will denn – vor allem als energieintensives Unternehmen – in Bayern noch produzieren, wenn er in China oder den USA nur ein Drittel der Stromkosten zahlen muss? Franz Schabmüller, Chef des Automobilzulieferers Framos in Ingolstadt, muss durch die Energiepreissteigerung 2,5 Millionen Euro Mehrkosten im Jahr stemmen. Da „wird sich über kurz oder lang die Frage stellen, ob der Standort noch wettbewerbsfähig ist“, sagte er dem Bayerischen Rundfunk. Doch wie der Fachkräftemangel und die Bürokratie ist auch dieses Problem ganz überwiegend hausgemacht – durch

die ideologisch motivierte „Energiewende“ und den politisch motivierten Verzicht auf russisches Gas.

All diese Fehlentwicklungen kritisiert die bayerische AfD beharrlich und fordert die Staatsregierung auf, im Land selbst gegenzusteuern und sich im Bundesrat für eine vernunftgeleitete Politik stark zu machen. Zum Beispiel hat unsere Fraktion in diesem Jahr mehrere Anträge zur Unterstützung der bayerischen Chemieindustrie eingebracht, so forderten wir ein umfassendes Entlastungspaket. CSU und Freie Wähler stellten sich wie immer stur und lehnten unsere Vorschläge ab. Nachdem kurz darauf in einer Expertenanhörung alle Branchenvertreter unsere Ansätze als richtig bestätigt hatten, kopierten die Regierungsparteien unseren Antrag, schwächten ihn nur leicht ab und brachten ihn selbst ein.

AFD wirkt, aber das genügt uns nicht. Wir wollen nicht nur Impulsgeber für andere sein. Bayern braucht eine konsequente, stimmige Wirtschaftspolitik mit einem klaren Kompass. Das heißt für uns eine klare Absage an eine ökosozialistische, grüne „Transformation“ der Wirtschaft. Im Gegenzug bedeutet es das feste Bekenntnis zur Marktwirtschaft und zu einer klugen Standortpolitik, die unsere traditionellen Stärken fördert und nicht untergräbt. Dafür steht unsere freiheitlich-konservative Partei. ■

Impressum

Löwenherz Kompakt
Dezember 2023

Herausgeber:
AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag
Bereich Presse & Öffentlichkeitsarbeit
Maximilianeum – 81627 München

Telefon: 089 – 4126 2960

presse@afd-landtag.bayern
info@afd-landtag.bayern

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Fraktionsvorsitzende: Katrin Ebner-Steiner

Diese Publikation dient der Information und darf in einem Wahlkampf nicht zur Parteienwerbung eingesetzt werden.



Unsere Kommunen sind mit der Asylbewerberflut überfordert!

DIE BAYERISCHE AfD FORDERT: KURSKORREKTUR „HART STEUERBORD“

Bayerns Gemeinden und Landkreise ächzen unter der Last der illegalen Massenmigration. Über die Grenzen zu Österreich und Tschechien erreichen täglich oft Hunderte Syrer, Afghanen, Türken, Nord- und Schwarzafrikaner den Freistaat. Nach geltendem Recht hätten sie bereits in dem ersten Staat, auf dem sie den Boden der EU betreten haben, Asyl beantragen müssen. Aber was ist Recht wert, wenn niemand da ist, der es durchsetzt? Als einzige Partei in Deutschland und Bayern weist die Alternative für Deutschland immer wieder auf den massenhaften Rechtsbruch hin – und auf die Weigerung von Bundes- und Staatsregierung, dieses Übel endlich effektiv zu bekämpfen.

Über 50.000 neue Asylbewerber – darunter viele reine Glücksritter – erwartet Bayern in diesem Jahr. Zwischen Januar und Oktober 2023 wurden 42.996 Asylanträge gestellt, davon 40.145 Erstanträge. Fast eine Verdoppelung der Zahl gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Um sich das mal plastisch vorzustellen:

Binnen eines Jahres müsste eine Stadt wie Freising oder Straubing komplett aus dem Boden gestampft werden, um diese Massen aufzunehmen. Mit Wohnungen, Schulen, Kitas, Krankenhäusern, mit einer kompletten Infrastruktur. Und dabei leben schon 380.000 echte und nicht ganz so echte „Flüchtlinge“ in Bayern, darunter viele Ukrainer, die kein Asyl beantragen müssen. Folge: Die sogenannten ANKER-Zentren in den sieben Regierungsbezirken waren Anfang November zu 96,2 Prozent ausgelastet. Da der Zustrom nicht abreißt, müssen die Bewohner immer schneller an die Kommunen verteilt werden, die ihrerseits kaum noch wissen, wo sie die Fremden unterbringen sollen. Im September wandten sich alle 71 bayerische Landräte in einem gemeinsamen Schreiben an die Bundesregierung und forderten darin, was die AfD schon seit langem fordert: nämlich lückenlose Grenzkontrollen und

eine konsequente Abschiebung nicht aufenthaltsberechtigter Ausländer.

Und weil die Migrationspolitik in Deutschland nach dem Prinzip des Radfahrers organisiert ist – nach oben buckeln, nach unten treten – spüren einige Kommunen jetzt die Härte der Landratsämter. Etwa Sachsenkam, eine 1300-Einwohner-Gemeinde im

Kreis Bald Tölz-Wolfratshausen. Weil der Ort seine Quote nicht erfüllt hatte, gab es

dort seit September die ersten Zwangszuweisungen. Und weil der Bürgermeister aus Verantwortung gegenüber Kindern und Vereinsleben die Turnhalle nicht hergeben wollte, wohnen die Neuankömmlinge nun im ersten Stock des Rathauses. Er habe „das Gefühl, dass es keinen interessiert, wie die Kommunen diese Herausforderung stemmen sollen“, zeigte sich das Gemeindeoberhaupt im Interview mit dem „Münchener Merkur“ bitter enttäuscht.

Die nächste bayerische Gemeinde, der solche Zwangszuweisungen drohen, ist Berichten zufolge Bernbeuren (ca. 2500 Einwohner) im Landkreis Weilheim-Schongau. Im rund 55 Kilometer entfernten Andorf hat man eine andere Lösung gefunden. Dort wird es einen Neubau geben, in das Erdgeschoss kommt ein Kindergarten, im ersten Stock werden Asylbewerber untergebracht. Da werden sich die Eltern aber freuen! Auch der Umgang mit den Kommunen wird immer schäbiger. So hat der Landkreis Rosenheim eine Sammelunterkunft für 500 Bewohner in Rott am Inn angemietet, ohne sich mit der Gemeinde abzustimmen. In dem 4000-Seelen-Ort ist die Aufregung groß. Von Beispielen dieser Art wird man in ganz Bayern künftig wohl noch häufiger hören.

Allein die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag stemmt sich seit langem gegen das Desaster, in das der Freistaat sehenden Auges stürzt. Bereits im Februar hat sie im Plenum einen Dringlichkeitsantrag zum Thema „Asylkrise beenden – Bayerische Kommunen nicht im Regen stehen lassen!“ eingebracht. Dort haben wir ein Sofortprogramm zur Bewältigung der Krise gefordert. Nichts geschah. Im Mai gab es im Landtag auf unsere Initiative eine Aktuelle Stunde zum Thema „Kurskorrektur bei Asylpolitik: Hart Steuerbord statt linke Schlagseite“. Dort erneuerten wir unsere Forderung nach konsequenten Abschiebungen und lückenlosem Grenzschutz. Illegale erst auf bayerischem Boden aufzugreifen, bringt nämlich überhaupt nichts, sie müssen bereits am Grenzübergang gehindert werden.

Nur die AfD wird sich weiterhin konsequent für den Schutz unseres schönen Bayern einsetzen und seine Überflutung mit Massen nicht schutzbedürftiger Fremder entschieden bekämpfen! ■

Zwischen Januar und Oktober 2023 wurden

42 996
Asylanträge in Bayern gestellt